

Entweder wir sind gegen die Gewalt — oder wir sagen, sie ist ein Mittel. Dann hört allerdings der Rechtsstaat auf, und dann hört auch auf, daß das Recht der Schwachen gesichert wird, denn dieses kann sich der Gewalt nicht bedienen.

Heinz Ruhnau

Besinnung auf das Mögliche

Die terroristischen Vorgänge der letzten Zeit, in der Bundesrepublik und anderswo, und der Streit über Schuldige und Unschuldige in ihrem Gefolge sind Anlaß zu einigen Überlegungen, die nicht sehr viel mit Kirche, wohl aber einiges mit der Moralität in der Gesellschaft zu tun haben und für den Christen gerade deswegen eine Herausforderung sind. Sie liegen nicht so weit ab von dem, was sonst hier üblicherweise gesagt und geschrieben wird, als es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es geht hier selbstverständlich nicht um die kriminalistische Seite der Vorgänge und deren verschiedenartige Wirkungen bei direkt und indirekt Betroffenen. Wir fragen weder, wie es eigentlich dazu kommen konnte, daß eine Gruppe von ideologisch und politisch motivierten Sozialrebellens sich bis zum Abgleiten in die Gewaltkriminalität radikalieren konnte, noch interessieren hier unmittelbar die persönlichen, familiären, generationsbedingten und allgemein gesellschaftlichen Ursachen, mit deren Hilfe man zu erklären versucht, warum Gruppen in einem nach innen und außen stabil erscheinenden Gesellschaftssystem den Weg in die Illegalität nehmen und auf diesem Wege mit Bombendrohungen, Sprengstoffanschlägen und Gefangenenbefreiung eine ganze Bevölkerung verunsichern können. Darüber ist bereits mehr als genug, Sinniges und Unsinniges, geschrieben worden. Wir möchten auch nicht die Reaktionen der mehr oder weniger unfreiwillig darin Verwickelten bewerten, weder derjenigen, die sich denunziert fühlen, noch derjenigen, die am Beispiel Baader-Meinhof bereits den Grundbestand gesellschaftlicher Ordnung gefährdet sehen und die mehr oder weniger besinnungslos Vergleiche mit der Zeit des heraufkommenden Nationalsozialismus ziehen. All das steht hier nicht zur Debatte, obwohl es durchaus sinnvoll wäre, sich nicht nur einige Gedanken über den Austausch von Empfindlichkeiten und ihr publizistisches Echo zu machen, sondern anhand dieser Ereignisse die demokratische Standfestigkeit, den Sinn für Maß und das politische Urteilsvermögen der am Streit beteiligten Politiker und Intellektuellen zu testen.

Wir möchten hier nicht einmal die Frage untersuchen, wie weit gewisse Strömungen in den Gruppen der radikalen Linken, die sich jetzt wie anlässlich des Angela-Davis-Kongresses („Nicht die geringste Gemeinsamkeit“, SZ, 5. 6. 72) in Frankfurt von den Bombenanschlägen und ihren Urhebern distanzieren, politisch den Weg dazu bereitet haben. Es ist auch nicht unsere Aufgabe, uns mit dem Urteil

derer zu beschäftigen, die aus moralischem Impetus oder aus politischer Einstellung in den politischen Terroristen vornehmlich die Sündenböcke sehen möchten, die sich die Gesellschaft selber schafft, um sich von einem notwendigen politischen Umdenken zu dispensieren oder die eigenen abgründigen Aggressionstribe zu sublimieren. All dies bliebe denn doch wohl an der Oberfläche, aktuell gewiß, aber dem Tag verhaftet.

Der Radikalismus ist politisch zu werten

Aber in all dem stecken einige Symptome, die man nicht verallgemeinern kann, die aber doch für den Bestand einer Gesellschaft etwas bedeuten. Deswegen sei zunächst an einige Fakten erinnert, die weder neu noch unbekannt sind, die es aber verdienen, deutlicher ins Bewußtsein gehoben zu werden.

Da ist einmal das oft erörterte doppelzüngige Phänomen, daß der politische Radikalismus speziell in der Bundesrepublik an Gewicht immer mehr verliert, daß er rechts wie links politisch-parlamentarisch in jeder Hinsicht eine quantität négligeable darstellt, während die politisch motivierten Gewaltverbrechen ganz eindeutig zunehmen.

Dies war das Fazit des Jahresberichtes 1971 des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Die Mitgliederzahlen stagnieren (34 000 bei der DKP, 18 300 bei der NPD). Ihre Agitationsbasis in der Gesamtgesellschaft erscheint minimal: Nur in 400 von insgesamt 50 000 Betrieben in der Bundesrepublik verfügt die DKP über eigene Betriebsgruppen. Selbst die Mitgliederzahlen der radikalen Linken erscheinen an sich kaum besorgniserregend, allerdings sind an den Universitäten hohe Anstiegswahlen zu verzeichnen. Ende 1970 existierten nach dem Bericht des Bundesamtes 120 Vereinigungen der radikalen oder, wie der Bericht sie nennt, „Neuen Linken“ mit 3000 Mitgliedern, Ende 1971 waren es bei verdoppelter Mitgliederzahl bereits 260 Gruppen. Rein zahlenmäßig überwogen die Gruppen der „Neuen Rechten“ (ohne NPD) mit 27 900. Doch erweisen sich die Linksradikalen als wesentlich konsistenter, weil sie eine langfristige Strategie verfolgen und sich vornehmlich auf die Universitäten konzentrieren, während die Zahlen bei den Rechtsradikalen offenbar stärker fluktuieren und von tagespolitischen Vorgängen (Ost- und Deutschland-Politik) abhängig sind.

Die Statistik der Gewalttaten gibt nichtsdestoweniger zu denken. Auf der Rechten stiegen die Gewaltakte, mit

denen man offensichtlich in erster Linie auf sich aufmerksam machen wollte, zwischen 1970 und 1971 von 50 auf 123. Auf das Konto der „Neuen Linken“ gingen indessen 1971 allein 79 Terrorakte (Mord- und Sprengstoffanschläge, Brandstiftungen) und 288 Gewaltakte (Körperverletzung und Sachbeschädigungen). Insgesamt wird in diesem Zeitraum mit einer Zunahme von politisch motivierten Gewaltakten um 50 Prozent gerechnet. Dazu die linksliberale „Frankfurter Rundschau“ (7. 6. 72): „Das Verwunderlichste an dieser Entwicklung bleibt die Tatsache, daß in dem Maße, in dem die Bundesbürger radikalen Außenseitern per Wahlschein bescheinigen, wie wenig sie in diesem Lande gefragt sind, die Hinterhältigkeit des politischen Terrors zunimmt.“

Ist dies aber so verwunderlich, wenn man bedenkt, daß sich der eigentliche, politisch gefährliche Radikalismus ohnehin im außerparlamentarischen Raum ansiedelt und sich in Wahlen gar nicht ausdrückt. Kann man dann den Übergang von der „revolutionären Gesellschaftsveränderung“ zum politischen Terror einfach aus „gekränkter Eitelkeit“ und „Einzelgängertum“ erklären, oder sind radikale Gruppen nicht doch ernster zu nehmen, weil es sich durchaus nicht überall um versprengte Einzelanarchisten, sondern um Leute mit politischer Strategie handelt, die wenigstens Teilbereichen, wie Universitäten, ein Stück weit das Gesetz ihres Handelns aufzwingen können? Also geht es vermutlich nicht nur darum, rechtsstaatliche Grenzen gegenüber Terroristen zu ziehen, sondern die Sache politisch aufzuarbeiten. Und trotz aller Vorsicht wegen möglicher falscher Verdächtigungen wird man doch auch sehen müssen, daß bei manchen radikalen Gruppen, die, wie es im Bericht des Verfassungsschutzamtes heißt, Gewalt und Terrorakte „zur Zeit noch“ für ein ungeeignetes Mittel halten, die Grenzen zwischen friedlichem Widerstand und Gewaltanwendung durchlässig bleiben.

Opfer eines leichtfertigen Revolutionspathos?

Ein zweites Faktum ist nicht zu übersehen: *Die Bereitschaft, Gewalt als Mittel der Politik zu akzeptieren, ist größer geworden.* Dies gilt vermutlich nicht für die ganze Breite der Bevölkerung, wohl aber für gewisse Schichten. Seit langem schwelt die Diskussion darüber, wann und unter welchen Bedingungen politische Gewaltanwendung legitim ist. Es fing an mit der antiautoritären Protestbewegung; es wurde in den letzten Jahren vordemonstriert an den Universitäten, in denen Vorlesungen gewaltsam unterbrochen, Professoren beschimpft und Rektorate besetzt wurden. Eine gewaltfreundliche Haltung hat sich verfestigt im Sprachgebrauch der Sozialkritik, in der man ohne Herrschafts- und Ausbeutungsvokabular und ohne pauschale Verurteilung des „Systems“, der „Unterdrücker“ und „Mächtigen“ nicht mehr auskommt.

Das Problem ist groß geworden in der Auseinandersetzung um Vietnam: zunächst durchaus als moralischer Impetus, als Abwehr gegen einen grausamen, nicht endenwollenden Krieg, also als Protest gegen Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen. Freilich war es bereits im Ansatz ein ziemlich einseitiger Protest, indem man nach maoistischem Muster die Amerikaner zu den allein Verantwortlichen stempelte und am Beispiel Vietnam oder der amerikanischen Rassenkämpfe das ganze „kapitalistische“ System an den Pranger stellte. Man erklärte oft aus der erfahrungslosen Entfernung europäischer Schreibstuben die Verhältnisse in den Entwicklungsländern für revolu-

tionsreich, baute seine Sympathien für Rebellenbewegungen der Dritten Welt aus, ohne die Verhältnisse von Land zu Land genauer zu unterscheiden. Man sah schließlich keine Schwierigkeiten mit dem Vehikel marxistischer Ideologie dieselbe Revolutionstaktik auf die Industrieländer Europas zu übertragen, natürlich mit dem Eingeständnis, daß hier eine *revolutionäre Situation* „noch nicht“ gegeben sei und — für manche die Konsequenz daraus — daß die Bevölkerung erst einmal durch Terror revolutionsreif zu machen ist.

Es dürfte an der Zeit sein, all den Leichtsinn zu überdenken, der in den letzten Jahren zur Rechtfertigung revolutionärer, bewaffneter Gewalt etwa in bezug auf Lateinamerika aufgewandt wurde, indem man auf eine ganz unpolitische Weise Revolution und Entwicklung gleichsetzte, während die Erfahrung immer wieder lehrt, daß Revolutionen gerade in Entwicklungsländern den Entwicklungsprozeß eher hindern als fördern und nicht einmal zu einer „Umverteilung von Macht“, sondern zur Variierung von Unterdrückungsformen führen. Auch was an solchem Revolutionsethos theologisch erläutert, gelegentlich gerechtfertigt und da und dort sogar enthusiastisch begrüßt oder undifferenziert als „God's action in history“ gefeiert wurde, partizipierte an dieser politischen Ahnungslosigkeit ebenso wie an der Verfestigung der Überzeugung, daß die verschiedenen „kapitalistischen“ Formen des westlichen Wirtschaftssystems *allein* Ursache von Hunger und Elend in der Dritten Welt sind und daß eine weltweite egalitäre Demokratie und die Beseitigung des wirtschaftlichen Ungleichgewichts durch „Systemüberwindung“ in den Industrieländern herbeizuführen ist.

Das politisch-geistige Klima hat sich verschärft

Ein drittes Faktum: *Das innenpolitische Klima in der Bundesrepublik hat sich unversehens verschärft.* Damit ist hier nicht die manchmal beklagte Polarisierung zwischen den Parteien und dadurch bedingt auch in der Bevölkerung gemeint. Dies ist anläßlich von so grundlegenden außenpolitischen Entscheidungen, wie sie die Ostverträge darstellten, eher selbstverständlich. Eine gewisse Polarisierung ist zudem die fast notwendige Konsequenz in einer Parteiendemokratie, in der sich ungefähr gleich starke Kräfte gegenüberstehen. Das gilt sogar für das Erstarken ideologischer Gegensätze innerhalb der Parteien mit ihren weltanschaulichen Einsprengseln. Diese Form von Polarisierung kann zwar in einem Zweiparteiensystem, wie wir es in der Bundesrepublik praktisch vorfinden, langfristig zu einer Belastung werden, ist aber aus der Parteiengeschichte leicht zu erklären. Das parlamentarische System ist in der Bundesrepublik intakt, aber verschlechtert hat sich das politische Klima zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im vorparlamentarischen, wenn man will vopolitischen Raum. Da haben wir nicht nur die Eigentümlichkeit, daß *H. Böll*, sonst gewohnt, mit schneidender Klinge im politischen Streit zu fechten, sich wegen politischer Angriffe von CDU-Abgeordneten im Bundestag denunziert fühlt, von „Intellektuellenhetze“ spricht, „kübelweise“ Dreck von „Springer- und jeder Sorte christlicher Zeitungen“ fürchtet (vgl. FAZ, 21. 6. 72) und schlicht erklärt, in diesem Lande könne er nicht mehr arbeiten und folglich auch nicht leben, während *H. J. Schoeps* als ein Mann von ganz anderer Denkungsart in der Einleitung zu seinem Buch „Deutschland droht die Anarchie“ (v. Hase & Köhler, Mainz) ankündigt, „die“ linken Meinungs-

macher würden ihn, den Autor, wohl totschweigen, dumm bemerken oder „gehässig verleumdern“. Ist das nur persönliche Wehleidigkeit oder doch auch ein Symptom dafür, daß nicht nur unverträgliche „Wertwelten“ (Schoeps) aufeinanderstoßen, sondern ein grundlegender Konsens darüber fehlt, was eine Gesellschaft leisten kann oder was zum gesellschaftlichen Frieden gehört. Von Angst und Unbehagen zeugen nicht nur literarische Streithähne, die ihre eigene politische Bedeutung überschätzen, sondern auch besonnenere Vertreter des Geisteslebens. Sie klagen über ‚Begriffsverwirrung‘ in der politischen Auseinandersetzung, bei der Elemente des Rechtsstaates einfach außer Kraft gesetzt würden und — wie sich Frau *E. Eucken-Erdsiek* in ihrer Broschüre „Unsere Gesellschaftsordnung und die radikale Linke“ (Seewald-Verlag) ausdrückt, zuweilen „eine Atmosphäre unglaublich leichter Heiterkeit“ herrsche, „bei der alle Probleme sich in nichts auflösen und die zugleich durch eine sich gegenseitig steigende Empörung über den unerhörten Zustand unserer Wirklichkeit gewürzt ist“ (zit. nach FAZ, 10. 8. 71). Es ist vermutlich aber nicht nur diese Form politischer Heiterkeit radikaler Linksgruppen in den letzten Jahren, die besonnenen Bürgern Sorge bereitet, sondern auch die heitere Manier der Vereinfachung, nach der es üblich geworden ist, Personen, Ideen und Positionen in konservativ, reaktionär oder progressistisch einzuteilen, so daß nach der Sache, um die gestritten wird, gar nicht mehr gefragt werden kann. Und man vereinfacht nicht nur kategorisch, sondern „moralisiert“ politische Sachfragen, den Streit um die Universitäts-, um die Schulreform, um die Reform des Strafrechts in der Weise, daß alle Probleme vorwiegend zu einer Folge des bösen Willens des Gegners erklärt werden, der auf seiner „Machtstellung“, seinen „Privilegien“, seinen „Interessen“ beharrt.

Ein katholisches Exempel

Daß das politische Klima sich auch in Bereichen verschlechtert hat, wo man dies gar nicht so sehr vermutet, zeigt u. a. eine Reaktion auf eine Erklärung von Kultusminister *B. Vogel* in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralkomitees anläßlich der Baader-Meinhof-Fahndung. Vogel stellte darin fest: Während sich Politiker weltweit um gewaltfreie Beziehungen der Völker bemühten, nehme die Gewaltanwendung in der innenpolitischen Auseinandersetzung „unerträglich“ zu. Vogel meinte, gerade Christen seien aufgerufen, „gegen Gewaltverbrechen als Mittel der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung“ Stellung zu beziehen und „an der Wiederherstellung eines geistigen Klimas in der Bundesrepublik Deutschland mitzuwirken, in dem solche verbrecherischen Auswüchse nicht gedeihen können“. Er forderte einen geistigen Freiheitsraum, „in dem auch junge Menschen wieder Vorbilder finden können und in dem kein Platz für Gewalt ist“. Kritisch fragte er, „ob nicht auch Christen dazu beigetragen haben, die Gewalt zu verharmlosen, wenn sie in einer bestimmten Theologie der Revolution die Anwendung von Gewalt in leichtfertiger Weise als politisches Mittel nicht ausgeschlossen und damit die verändernde Kraft des Christentums verfälscht haben.“

Darauf antwortete die Bundesvorsitzende der Katholischen Landjugendbewegung, *G. Bartelt*, in einer ausführlichen, teils sehr scharfen Kritik: So sehr sie als Christ gegen Gewaltanwendung sei, so entschieden wolle sie sich dagegen verwahren, „daß einflußreiche Christen in Gesellschaft,

Kirche und Staat die wahren Machtverhältnisse verschleiern und ein Symptom unseres kranken Gesellschaftssystems negativ beurteilen, um gleichzeitig damit den eigentlichen Ursachen bequem aus dem Wege zu gehen . . .“ Dieser Feststellung ging nicht nur der Vorwurf voraus, Vogel habe mit der Verurteilung des Verbrechens gleichzeitig „diejenigen verurteilt, die — wenn auch nicht immer in glücklicher Form — versucht hätten die gesellschaftlichen und politischen Ursachen für derartige Entwicklung aufzuzeigen. Frau Bartelt kam auch zu dem Eingeständnis, daß die Jugendverbände Tendenzen zu Resignation und Anarchie machtlos gegenüberstehen, aber — das war die Begründung — „solange gesellschaftspolitisch relevante Institutionen wie Kirche und Staat der jungen Generation ein effektives Mitsprache- und Mitwirkungsrecht versagen . . .“: Auch hier also Machtstrukturen, Verschleierung, verweigerte Mitsprache an der Wurzel von Resignation und Anarchie und die allumfassende Schuld „gesellschaftlich relevanter Institutionen“.

Ja zum Kompromiß

Man möchte nun erstens fragen, ob die junge Generation auf den Ausbildungswegen und im politischen Raum nicht zunehmend mehr Mitwirkungsrechte hat, als der Durchschnittsjugendliche ausfüllen kann, und wo denn sonst die so ungeheuerlichen Benachteiligungen liegen, daß das ganze Gesellschaftssystem gleich für krank erklärt wird. Und zweitens möchte man wissen, ob Erscheinungen der Resignation in der Jugend, Rebellion gegen die Gesellschaft durch Gewaltakte oder durch Rauschgift in erster Linie wirklich auf unbewegliche, reformunwillige Institutionen (soweit sie das sind) zurückgeführt werden können oder ob diese Resignation nicht sehr viel näher und zugleich tieferliegende Wurzeln hat. Sind sie nicht auch Folge der Tatsache, daß es dem heutigen Menschen, der Jugend in besonderer Weise, schwerfällt, dem Leben Sinn abzugewinnen, eine aus einer perfektionierten Konsumwelt herrührende *Motivationsschwäche*, die oft voreilig auf Institutionen abgewälzt und anstatt individual- und sozialpsychologisch politisch verrechnet wird? Der Wiener Psychoanalytiker *V. E. Frankl* sprach erst jüngst von „einem neuen Typus von Neurose“, für die das Fehlen von Interessen und ein Mangel an Initiative charakteristisch sei (vgl. „Universitas“, Juni 1972, 619). Mit solchen Hinweisen gerät man natürlich leicht in den umgekehrten Verdacht, nun alles „personalisieren“ oder gar mit psychischen Krankheitssymptomen erklären zu wollen. Aber es geht nicht nur um das Individuum, sondern noch viel mehr um die Frage, ob man wieder bereit wird, die Gesellschaft in ihrem ganzen Strukturgefüge und auch „subjektiven“ Abhängigkeitsverhältnissen ernst zu nehmen. Will man schließlich auch wieder nüchtern fragen, was an gesellschaftlicher Freiheit und Gleichheit möglich ist, ohne daß das Individuum überfordert wird und welche Veränderungen einer bestimmten Gesellschaft zugemutet werden können, ohne daß sie selbst in Unordnung gerät und die Freiheit des einzelnen, gerade die Freiheit des Schwächeren gefährdet? Eine Besinnung auf das Mögliche, eine *nachhaltige Honorierung von Realpolitik* täte not: Das setzt voraus: Sinn für ökonomische Realitäten, funktionales Denken in einer übergreifenden Wertordnung, Toleranz und die Fähigkeit zum Kompromiß. Diese scheint uns gegenwärtig am meisten abhanden gekommen zu sein.

D. A. Seeber